



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2017

Neues Jahr, neue und alte Herausforderungen(S. 2)



Obdachlose schlafen in der S-Bahnhaltestelle, Foto Mehmet Yildiz

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Dienstag, 07.03.2017

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Neues Jahr, alte und neue ...	S. 2
Direktkandidatur/Bewerbung	S. 3
Aus dem Parteileben	S. 4
Kommentar zur BMV	S. 6
Aktion LISA /Korrektur Tafeltext	S. 7
Neues von der Insel/Arbeit	S. 8
Info Mümmelmannsberg	S. 9
Rückblick Yalda-Fest	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11

Neues Jahr, neue und alte Herausforderungen:

Auch für das Jahr 2017 und eine gute linke Politik wird wieder viel Courage, Mut und Solidarität nötig sein, um möglichst viele Lebensrealitäten ändern zu können.

So soll in diesem Jahr der G20–Gipfel in Hamburg stattfinden. Es wird also in der Hamburger Innenstadt eine sehr teure Kulisse für die „mächtigsten“ zwanzig Regierenden vom Rot-Grünen Senat bereitgestellt werden. Der Gipfel in Toronto vor einigen Jahren war bereits über eine Milliarde Euro teuer. Und was heißt das für Hamburg?

Ähnlich hohe Kosten, eine enorme Militarisierung der Polizei im Inneren, viele Straßenblockaden, Checkpoints mit Videoüberwachung, Scharfschützen auf den Dächern usw. Und wofür? Dafür, dass sich die Verursacher der meisten globalen Katastrophen wie Ausbeutung, Kinderarbeit, Kriege und Bürgerkriege gemütlich in Hamburg treffen können, um diese selbst geschaffenen Probleme zu „lösen“. Eine Farce und nichts weiter als eine PR-Veranstaltung für Politiker à la Erdogan oder Trump. Den Vorgeschmack auf die zu erwartenden Zustände konnte der OSZE-Gipfel bringen, an einigen Tagen kreisten u.a. Bundeswehrhelikopter den ganzen Tag über der Hamburger Innenstadt, gefühlt gab es alle 200 Meter Polizeiwagen und mit Sturmgewehren ausgestattete Polizisten.

Aber auch andere Probleme sind weiter präsent. So zum Beispiel die weiterhin auffällig hohe Anzahl an Menschen, die obdachlos sind und verzweifelt nach einer warmen Unterkunft Ausschau halten. Jedoch ist das Hamburger Winternotprogramm schlicht zu klein und finanziell zu gering ausgestattet, um diese zahlreichen Menschen von der Straße zu holen.

Der Büroleerstand wird jedoch weiterhin nicht in Wohnmöglichkeiten umgewandelt, aber solange man den Leerstand von der Steuer absetzen kann wird sich diese Praxis auch nicht ändern. Vor den schicken leeren Bürogebäuden werden auch in diesen Winter Obdachlose die ganze Nacht frieren. Einen Kältetoten gab es bereits in Hamburg, aber nun fallen die Temperaturen erst richtig.

Auch die Militarisierungstendenz der NATO muss gestoppt werden. Wie bekannt wurde, werden aufgrund einer „Übungsmission“ der NATO an den Ostgrenzen Unmengen an Panzern, Munition und anderes schweres Kriegsmaterial auch durch und über Hamburg geleitet. Diese Übung ist schlicht nicht nachzuvollziehen, es wirkt wie ein Säbelraseln gegenüber Russland. Es geht auch um das Prinzip, dass keine Waffen oder Kriegsgerät durch

den Hamburger Hafen oder die BRD gehen sollen oder die Zugstrecken für solche Transporte „missbraucht werden“. Eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der NATO aber auch der EU muss entgegengetreten werden.

Des Weiteren gehen die Abschiebungen nach Afghanistan weiter, vor Allem Hamburg scheint unter der Rot/Grünen Führung diese Praxis auch noch zu unterstützen. Ob man wirklich Menschen nach Afghanistan abschiebt ist immer noch Ländersache, einige wie u.a. Schleswig Holstein schieben nicht ab, Hamburg schon.

Ich schlage daher für die SPD Abgeordneten vor, doch einmal eine Woche Urlaub im „sicheren“ Norden Afghanistans zu machen, theoretisch haben sie dort ja nichts zu befürchten, wenn hilfesusuchende Menschen dorthin zurückgeschickt werden.

Und dann findet dieses Jahr auch noch die Bundestagswahl statt, es wird sich zeigen, ob sich die rechten Parteien bzw. die AFD auch im Berliner Bundestag festsetzen können. Dies muss allerdings verhindert werden, eine offen rechte Partei hat Deutschland schon im Hitlerfaschismus erlebt und für knapp zehn Jahren herrschten hier ungehindert die Faschisten, mit schrecklichen Auswirkungen für Minderheiten, Andersdenkende und Linke.

Es darf nicht weggeschaut werden, wenn weitere tausend Menschen im Mittelmeer umkommen oder an anderen anonymen Grenzen „Europas“ sterben. Wir brauchen durchlässige Grenzen für die Menschen, die vor Hunger, Elend und Krieg tausende Kilometer geflohen sind, keine noch höheren Zäune, Videoüberwachung und Waffen.

Wie ihr seht, es gibt wieder viele verschiedene politische Themengebiete, bei denen wir uns weiter einmischen und den Istzustand nicht akzeptieren sollten, beispielsweise durch politische Aktionen und Demonstrationen, denn nur so lassen sich Veränderungen bewirken. Dafür müssen wir uns auch weiterhin vernetzen und organisieren.

In diesen Sinne, lasst uns erneut zusammen entstehen für eine bessere, fairere Welt, das erreichen wir aber nur durch Solidarität, Courage und Mut. Lasst uns uns weiter in diese falsche Politik des Kapitals einmischen, laut sein gegen Rechts - und andere menschenverachtende Entwicklungen nicht stillschweigend hinnehmen.

Gemeinsam sind wir stark; Solidarität ist unsere Stärke!

Mehmet Yildiz

Gesucht: Der/die WahlkreiskandidatIn für die Bundestagswahl im Wahlkreis 18

Am **18.3.2017** im Kulturpalast Hamburg in Billstedt (Öjendorfer Weg 30a, Nähe U-Bahn Billstedt) findet die Wahl *der/des* Bundestagskandidatin/en der Linken für den Wahlkreis 18 in der Zeit von 14:00 - 18:00 Uhr statt. Der Wahlkreis 18 umfasst die folgenden Stadtteile:



Der Kulturpalast in Billstedt

vom **Bezirk Hamburg-Mitte** die Stadtteile Billbrook, Billstedt, Borgfelde, Finkenwerder, Hafencity, Hamburg-Altstadt, Hammerbrook, Hamm, Horn, Insel Neuwerk, Kleiner Grasbrook, Neustadt,

Bewerbung als Direktkandidat

Moin, moin, Genossinnen + Genossen,

hiermit bewerbe ich, Stefan 'Teddy' Dührkop, mich als Direktkandidat für die Bundestagswahl 2017, für den Wahlkreis 18, Hamburg Mitte.

Für die Genossinnen + Genossen die mich noch nicht kennen, ein kurzer Lebensausschnitt:

Ich wurde 1963 in Hamburg/Sternschanze geboren. Schulische Laufbahn, eingeschult Schottmüllerstr. Beobachtungsstufe Kielortallee, Realschule Jahnschule (heute Ida Ehre), von der Schule verwiesen, Hauptschulabschluss an der Volkshochschule. Beruf Tischlerhelfer.

Mein politisches bewusstes Leben ging 1980 los, als ich für mich den Punkrock entdeckte. Ich habe meine ersten anarchosyndikalistischen und marxistischen Texte und Bücher gelesen und die Aussicht auf eine bessere Welt in mich aufgesogen.

Als sich dann 1981 die Punkrockszene in Hamburg in Rechte und Linke aufspaltete, habe ich mich relativ schnell in der Antifaszene wiedergefunden und aktiv mitgemacht. Dabei wurde mir auch schnell klar, dass noch einige andere Kämpfe in der BRD zu unterstützen sind. Da waren Anti-AKW-Bewegung, Nato-Doppelbeschluss, Friedensbewegung, Hausbesetzungsszene. Dies wur-

Rothenburgsort, St. Georg, St. Pauli, Steinwerder, Veddel, Waltersdorf;

vom **Bezirk Hamburg-Nord** die Stadtteile Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst.

Stimmberechtigt sind alle Parteimitglieder der LINKEN, die in diesen Stadtteilen wohnen und das Wahlrecht zur Bundestagswahl haben.

Das Bundestagsmandat dieses Wahlkreises besetzt seit jeher die SPD, zurzeit durch den Burschenschafter, Reserveoffizier und Vertreter des neoliberalen Seeheimer Kreises Johannes Kahrs. Seitdem Herr Kahrs dieses Mandat innehat, hat die soziale Spaltung im Bezirk Mitte zugenommen. Es gilt deshalb die Ziele der Partei DIE LINKE. bezüglich sozialer Gerechtigkeit und Friedenspolitik durch eineN Kandidatin/en für diesen Wahlkreis hervorzuheben.

Bewerbt euch und schickt die Bewerbung an die Redaktion des Mittenmang: mittenmang@die-linke-hamburg-mitte.de .

i.A. des Bezirksvorstandes Hamburg-Mitte
Wolfgang Strauß

de konkret in den Demos gegen das AKW Brokdorf, die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, Startbahn West Frankfurt und der Kampf um die besetzten Häuser in der Hafensstraße.

Der Kampf um die Hafensstraße wurde dabei zu meinem Lebensmittelpunkt, ich war aktiver Besetzer und Bewohner der besetzten Häuser.

Die politischen Diskussionen um die globale Bedeutung des Widerstandes in der BRD, die ich in dieser Zeit im vielen Zusammenhängen mit Genossinnen und Genossen geführt habe, bilden noch immer meine politischen Grundlagen.

2008, nach einer politischen Ruhephase, trat ich dann in die Linke ein. Grund war, dass sich in meinem Freundeskreis, bei mir und den Nachbarschaften die Auswirkungen der Agenda 2010 und besonders Hartz 4 extrem bemerkbar machte und macht.

Seit meinem Eintritt in die Partei war ich Sprecher des Ortsverbandes Wilhelmsburg/Veddel, 4 Jahre Mitglied des Bezirksvorstandes Hamburg Mitte und bin 2014 als Spitzenkandidat für die Bezirkswahl für Hamburg-Mitte in den Wahlkampf gegangen und sitze seitdem in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte.

So nun aber zu meiner Kandidatur.

Seit ich Mitglied der Bezirksversammlung bin, stoße ich immer wieder auf politische Grenzen bei Problemen, die auf kommunaler Ebene nicht zu lösen sind. Dazu zählen Hartz 4, prekäre Beschäftigung, Frieden, Kriegseinsätze, Mindestlöhne, Wohnen, Stadtentwicklung, Gesundheit.

Die Gegenstände dieser nicht vollständigen Aufzählung sind von der Bundesgesetzgebung betroffen und werden in Berlin von den kapitalistischen Lobbyisten und ihren Handlangern massiv in menschenverachtende Politik umgesetzt.

Mir geht es hier darum, frühzeitig die Strategie des Kapitals in den Ausschüssen in die Öffentlichkeit zu bringen, um die Menschen aufzuklären, was hier eigentlich geschieht.

Und für mich ganz wichtig, Ansprechpartner für die Hamburger Landes- und Kommunalpolitik zu sein, um frühzeitig eine Öffentlichkeit gegen die Pläne des Kapitals herzustellen. Dies dann in die Landespartei zu spiegeln, um Hamburger Parteitagebeschlüsse in Berlin zu vertreten.

Ich bin Antikapitalist, deswegen ist für mich eine R2g Koalition nicht vorstellbar und ich lehne diese ab.

Aus dem (Partei-)Leben

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Blick in die Welt offenbart die wachsenden Widersprüche: Der just als US-Präsident vereidigte Erzreaktionär Trump dekretiert mit harter Hand, dagegen regt sich weltweit Widerstand. Auch ohne ihn besitzt sein Kabinett mit 43 Milliarden Dollar mehr Vermögen als das ärmste Drittel der US-Bevölkerung. Das nennt die Globalisierungskritikerin Naomi Klein einen „Putsch der Großunternehmen“, der eine aggressive Gegenreaktion auf die wachsenden Ansprüche in der Bevölkerung darstellt - die weit über Obama(care) hinausweist. Mit ihr und vielen anderen qualifiziert sich die US-Widerstandsbewegung für eine radikale politische Wende mit Truppenrückzug, Abrüstung, höherem Mindestlohn, Bildungs- und Gesundheitsfinanzierung sowie der Einhaltung von Klimaabkommen. Bei der Gegenveranstaltung zur Amtseinführung Donald Trumps bezeugten VertreterInnen aus aller Welt: Das geht nur in internationaler Solidarität, aber auf die imperialistischen Industrieländer kommt es dabei besonders an.

Hierzulande begegnet die herrschende Politik dem wachsenden Unmut mit „Realpolitik“, die der US-(Kriegs-)Strategie Henry Kissinger einst als das definierte, was die Bevölkerung gerade noch an Zumutungen ertrage und erdulde. Der NPD wird höchststrichterlich attestiert, verfassungsfeindlich zu sein, sie



Teddy in Venedig © Christian Bartsch

Im Wahlkampf werde ich massiv gegen die rassistische, faschistische, homophobe Politik der AfD kämpfen, aber auch die kriegstreibenden neoliberalen kapitalistischen Parteien SPD, CDU und die Grünen werden von mir massiv angegriffen. Ich werde mich nicht wegen irgendwelcher R2g-Träumereien dafür hergeben SPD und Grüne zu schonen.

Ich will dieses System nicht reformieren, ich stehe für den demokratischen Sozialismus.

Ich hoffe auf eine gute kritische Diskussion mit euch.
Msg, Teddy

bleibt dennoch erlaubt. Der Elbphilharmonie wird attestiert, ein Monument für die Reichen aus Steuergeldern zu sein, sie soll dennoch von allen geliebt werden.

In der LINKEN ist vor diesem Hintergrund und in Hinblick auf die Bundestagswahl umstritten, wie wir der AfD wirksam das Wasser abgraben können und mit den neoliberal-verkorksten Parteien inklusive SPD und Grünen umgehen wollen. Ist es angebracht, sich begrenzte Ziele zu setzen, um "bei den Leuten" zu bleiben und sich staatstragend einem Rot-Rot-Grünen Regierungsbündnis zuzuwenden, um mit leicht nach links verschobener Realpolitik für einen verbesserten "Sozialen Zusammenhalt" zu sorgen? Oder gilt es, sich deutlich von der etablierten Politik zu unterscheiden und klar den sozialen Konflikt mit den Herrschenden aufzunehmen, um auf dieser Grundlage in der Bevölkerung das solidarische (Selbst-)Bewusstsein der gemeinsamen Möglichkeiten zu stärken und ein echter Anlaufpunkt zur Verwirklichung menschenwürdiger Lebensbedingungen für Alle zu sein?

Die Mitgliederversammlung Hamburg-Mitte am 7.1. zur **Wahl der Delegierten für die Landesvertreterinnenversammlung**, die am 18.2. die Hamburger Landesliste zur Bundestags aufstellt, hat sich zu Anfang eine Stunde Zeit genommen, diese Fragen an-

hand der Wahlstrategie des Bundesvorstands zu diskutieren, die hier zu finden ist: <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlstrategie-2017/>

Zum Einstieg verschaffte Gunhild Berdal einen Überblick über das Papier, in dem sie einige gute Ansätze z.B. gegen Rechts würdigte und kritisierte, dass die Wahlstrategie mit allerlei Abgrenzung zur Politik der anderen Parteien doch sehr am parlamentarischen Routinendreh (Tucholsky) orientiert ist und mehr auf Stimmungen statt auf Aufklärung setzt. In der Diskussion (die erste nach 2 Monaten und der Wahl von Trump) brachten viele ihre Gedanken zur politischen Lage insgesamt zum Ausdruck. Eine Mehrheit sprach sich für klare antikapitalistische Positionen im Wahlkampf und gegen rot-rot-grüne Gedankenspiele aus. Dem Einwand, dass sich Umfragen zufolge eine deutliche Mehrheit der LINKEN-WählerInnen für die Umsetzung unserer Programmatik in einer Regierung wünscht, wurde entgegnet, dass diese Frage so gestellt ist, dass diese Antwort naheliegt.

Durch diese Diskussion befördert gab es durchweg sehr ehrliche Kandidaturen in solidarisch-kultivierter Atmosphäre. Die Allermeisten sprachen sich für die Aufstellung von Fabio de Masi als Hamburger Spitzenkandidat zur Bundestagswahl aus, es wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, dass von ihm noch etwas mehr Biss und Klarheit erwartet wird, z.B. in der Friedensfrage.

Gewählt wurden auf dieser Grundlage auf der Liste zur Einhaltung der Mindestquotierung für Frauen:

Christine Wolfram
Kerstin Fremder-Sauerbeck
Eva Rozanski
Franziska Hildebrand
Monika Berstecher
Lea Degener
Verena Brachvogel
Andra Recke
Despina Chaluppa
Theresa Jakob

Ersatzdelegierte sind:

Maureen Schwalke
Iraz Damla Albayrak
Marion Fisch

Und auf der gemischten Liste für Männer und Frauen wurden gewählt:

Martin Dolzer
Ronald Wilken
Jörg Günther
Mehmet Yildiz
Alexander Benthin
Stefan "Teddy" Dührkop
Kristian Glaser
Sven Kluth
Ruben Hittmeyer

Thomas Stahlhut

Ersatzdelegierte sind:

Evert Kaleveld
David Stoop
Steffen Leipnitz



Die **Tagung des Hamburger Landesparteitags** der LINKEN am 21.01.2017 wurde von der intensiven Diskussion der verschiedenen Leitansätze zur Bundestagswahl geprägt. Um dafür Raum zu schaffen wurden sowohl die Vorschläge zur Satzungsänderung (Abschaffung des basisdemokratischen BezirksvertreterInnen-Modells, Verkleinerung des Landesvorstandes) als auch die Vorschläge der Antragskommission zur Änderung der Geschäftsordnung vertagt. Die Generaldebatte wurde nach Ende der dafür vorgesehenen Zeit beendet, so dass leider nicht alle Stimmen zu Wort kamen. Obwohl beide Gruppen von AntragstellerInnen ihre Anträge zur Bundestagswahl nicht als gegeneinander stehend ansahen, wurden sie im Anschluss daran alternativ abgestimmt. Dabei setzte sich das Papier einiger Mitglieder des Landesvorstandes zusammen mit Fabio de Masi gegen dasjenige durch, das auf dem Mitgliedertreffen entwickelt wurde, zu dem der Bezirksvorstand Hamburg-Mitte für den 27.11.2016 eingeladen hatte. Die Antragsteller um Fabio de Masi hatten bereits einige Änderungsvorschläge übernommen, die meisten wurden aber erfreulicherweise im Plenum diskutiert. Wechselnde Mehrheiten verteidigten hierbei im Wesentlichen den links-zentristischen Kurs des Papiers. Einzig eine kurzfristig verfasste Ergänzung, die nach einer Aktion mit Flüchtlingen einer religiösen Minderheit aus Afghanistan von Jan Rübke eingebracht wurde, fällt aus diesem Rahmen. Darin wird von denjenigen Institutionen der Einsatz für Flüchtlinge verlangt, die für Kriege und Elend verantwortlich sind. Viele Linke konnten sich zu dem Papier nach dieser Änderung nur noch enthalten oder stimmten dagegen.

Trotz eines sehr rigiden Antragsverfahrens mit kurzer

Einbringung brachte diese Tagung gegenüber der ersten Tagung des 5. Landesparteitags einen Aufbruch in eine offenere Diskussionskultur, in der die gegenseitige Überzeugung mit Argumenten dominiert. So soll es schon bald noch in diesem Halbjahr eine weitere Tagung des Landesparteitags geben, die sich mit den vielen weiteren Anträgen befassen und bei der zum Landesvorstand nachgewählt werden soll. Wir haben also weiter die Gelegenheit, in der Basis der Landespartei vom Sinn des Bezirksvertretermodells und für die Bestätigung des von uns in Hamburg-Mitte nominierten Genossen Kristian Glaser in einer demokratisch-sozialistischen Partei zu überzeugen. Nicht vergessen: Eine Partei mit arbeitertbewegtem Hintergrund, die auf Kapitalismusverwaltungskurs ist, die gibt es schon!

Zuletzt ein paar Worte zur **Neukonstituierung der Linksjugend 'solid**, die am 28.01.2017 stattfand. Hier konnte der gegen jegliche vernünftige Verständigung und gemeinsame linke Politik agierende Bijan Tavassoli von all seinen Ämtern enthoben werden, die er ohnehin nur noch allein ausübte, da keiner mehr mit ihm zusammenarbeiten wollte. Gewählt ist nun ein Bündnis der verschiedenen politischen Basisgruppen. Nicht gewählt wurden je eine Vertreterin und ein Vertreter, die den realpolitischen Kurs des Landessprechers Rainer Benecke unterstützen. Damit sind die Weichen auch hier für einen solidarischen Neubeginn gestellt. Wohlan!

Alexander Benthin

Ein Mitglied berichtet von der Bezirksmitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Mitgliederversammlung am 07.01.2017 war sehr aufschlussreich und auch interessant und es wurden sehr gute Vorschläge und Ideen von den Mitgliedern vorgetragen und diskutiert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass auf unsere Partei jetzt im kommenden Bundestagswahlkampf 2017 sehr viel Arbeit zukommt. Und die Umsetzung des Basisprogramms des Bezirks Hamburg-Mitte durch die Wahl der Delegierten und der von ihnen gewählten Kandidaten für den Wahlkampf des neuen Bundestages 2017 wird eine anspruchsvolle Aufgabe.

Die Möglichkeit der Beteiligung an einer Koalition oder auch als Opposition im Bundestag 2017 bedeutet die Politik der Linken im Wahlprogramm und in der politischen Arbeit umzusetzen:

Es müssen Ausschüsse neu gebildet werden und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, um entsprechende Gesetze zu ändern, zu novellieren oder gar auch zu streichen. Es muss das ALG 2 in der jetzigen Form abgeschafft werden - und hierfür sind das komplette geänderte Sozialgesetzbuch (SGB) von der damaligen AGENDA 2010 von 2004 zu verändern. Insbesondere kann und darf es nicht sein, dass Langzeitarbeitslose mit ihrem privaten angesparten Vermögen zur Kasse gebeten werden und dieses aufbrauchen müssen, um den Anspruch auf ALG 2 zu erhalten. Es darf keine Zusammenlegung von Sozialhilfe und Grundsicherung und der Arbeitslosenhilfe geben. Diese Form ist mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren.

Ferner muss das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) in der geltenden Fassung abgeschafft und geändert werden, weil es einfach nicht sein darf, dass ArbeitgeberInnen mit befristeten Arbeitnehmern tun und lassen können, was sie wollen. Dem

Missbrauch sind Tür und Tor geöffnet mit einer gesetzlichen Legaldefinition, die ebenfalls gegen das Grundgesetz verstößt und mit unserem Sozialstaatsprinzip unvereinbar ist.

Ferner wurden und werden EU-Richtlinien nicht verfassungskonform in nationales Recht umgesetzt. Insbesondere die EU-Führerscheinrichtlinien führen seit 1999 dazu, dass alte Besitzstände umgangen werden und alte Führerscheine, die vor 1999 erteilt wurden, hierdurch quasi entzogen werden. Der Kartenführerschein wurde zwangsweise eingeführt, um allen die Führerscheine zu entziehen und neue Geldeinnahmequellen zu erschließen. Denn Gebühren bei Verkehrsämtern und ärztliche Untersuchungen müssen selbst bezahlt werden. Bei Berufskraftfahren ist es Gang und Gebe, dass diese seit 1999 für die Führerscheinverlängerungen Geld mitbringen müssen zur Arbeit. Es müssen der damalige § 15 STVZO a-z und die Anlage XVII wieder in Kraftgesetzt werden und in die Fahrerlaubnisverordnung FeV übernommen werden, damit alle alten Führerscheine von vor 1999 in den Kartenführerscheinen fort gelten. Auch sind alle ArbeitgeberInnen zu verpflichten, für ihr Fahrpersonal die Kosten für die Führerscheinverlängerungen zu 100% zu übernehmen.

Oder glaubt Ihr alle etwa, dass der Dachdecker seine Propangasflaschen selbst bezahlt von seinem Lohn, um die Dachpappen verkleben zu können?

Auch müssen sämtliche entfallenen staatlichen Leistungen für die Daseinsvorsorge, die früher von Behörden selber erbracht wurden, durch Rekommunalisierungen und Enteignungen wieder zur öffentlichen Hand zurückgeholt werden.

Roberto Perez Hagen

Armut ist keine persönliche Schande

Am Donnerstag, den 16.02.2017 protestieren wir vor dem Jobcenter Standort St. Pauli, Simon-von-Utrecht-Straße 4a von 10.00 – ca. 12.00 Uhr – unter freiem Himmel - kommt alle mit Kind und Kegel in großen Scharen!

Wir kämpfen für ein sozio-kulturelles, sanktionsfreies Existenzminimum statt Hartz IV!

Veranstalterinnen: **LISA.HH** (DIE LINKE) und Linksfraktion Hamburg

Gegen Sanktionen

Skandalös agieren all diejenigen, die dieses Gesetz organisiert und durchgesetzt haben und dies nun in Gang halten. Auch all diejenigen, die dieses Gesetz tagtäglich aufrecht erhalten und die auch unter anderem den sogenannten „Ermessensspielraum“ nutzen, um zu sanktionieren, Erwerbslosen die Bezüge unter das Existenzminimum kürzen, dabei keine Rücksicht auf das Kindeswohl nehmen, unschuldige Kinder in Sippenhaft nehmen!

Wir wollen möglichst viel Druck organisieren gegen die Verschlechterungen und für eine Abschaffung

dieses Gesetzes. Sanktionen sind menschenunwürdig. Hartz IV soll das Minimum an Geld gewährleisten, das ein Mensch mindestens zum Leben braucht. Also verbieten sich Kürzungen, Minimum ist Minimum. Grundrechte kürzt man nicht.

Deshalb fordern wir:

- **Die bestehenden Sanktionen abschaffen! Keine Kürzungen, keine Verschlechterungen!**
- **Kein zweites verstecktes Sanktionsregime durch scheinbar „sozialwidriges Verhalten“!**
- **Keine Zwangsverrentungen mit lebenslangen Abschlägen für 63 jährige Erwerbslose!**
- **Endlich die Vorgaben des Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 2014 umsetzen und die Regelsätze deutlich zu erhöhen!**

Kontakt: H. Wokon und H. Heinemann, ag-lisa@die-linke-hh.de. DIE LINKE HH. Wenden Str. 6, 200097 HH, Tel.: 040 / 389 21 64

Korrektur Text Gedenktafel am Gedenkstein in Billstedt

In der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes wurde leider durch ein Versehen meinerseits der Entwurfstext statt des beschlossenen Textes veröffentlicht.

Im Folgenden nun der beschlossene Text.

Wolfgang Strauß, Sprecher BO-Billstedt

Gegen das Vergessen -Zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

Dieser Gedenkstein erinnert an den Widerstand und die Verfolgten zur Zeit des Nationalsozialismus.

„Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart“

Mit diesen Worten Richard von Weizsäckers wird in Billstedt der Widerstandskämpferinnen und -kämpfern gegen den Hitlerfaschismus gedacht. Sie gelten in Billstedt insbesondere für

Katharina Corleis

Josef Florczak

Fiete Schulze

John Trettin

Adolf Rembte

Willi Winkelmann

Kurt Vorpahl

und allen Unbekannten im Widerstand in Billstedt/Horn und Billbrook

Widerstand in Billstedt

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde in Billstedt die Arbeiterbewegung brutal zerschlagen. Doch es regte sich auch Widerstand. So wurde die Vervielfältigung und der Vertrieb der Broschüre „Konzentrationslager Oranienburg“ von einer SPD-Zelle in Billstedt organisiert. Solidarität mit Zuspruch und kleinen Geldbeträgen waren Formen des Alltagswiderstandes. Damit unterstützten Nachbarn und Betriebskollegen Familien von Verhafteten und Getöteten. Der Reichstagsbrand in Berlin in der Nacht auf den 28. Februar 1933 hatte auch Auswirkungen auf Mitglieder der Kommunistischen Partei. Viele von Ihnen wurden bereits in den ersten Monaten des Jahres 1933 verhaftet oder getötet. Wer konnte, kämpfte im illegalen Untergrund oder vom Exil aus weiter. Später schlossen sich einige Mitglieder den Internationalen Brigaden in Spanien an.

Neues von der Insel!

Als Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis 23 (Bergedorf, Harburg, Wilhelmsburg) wurde David Stoop von BO-Wilhelmsburg/Veddel gewählt. Da sagen wir mal, herzlichen Glückwunsch David.



David bei der Wahlversammlung am Rednerpult

In seiner Rede zu seiner Kandidatenvorstellung betonte er explizit, dass wir einen selbständigen Wahlkampf führen werden und keinen Lagerwahlkampf. D.h. unsere Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und eine Abkehr von der derzeitigen Rüstungspolitik sowie die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden die Themen sein, die wir im Wahlkampf ansprechen. Dass SPD und Grüne vor jeder Wahl links blinken und nach der Wahl dann rechts abbiegen kennen wir schon. Wichtig ist für uns, dass wir die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass nur die Linke die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist.

Letzte Woche gab es zum ersten Mal eine Veranstaltung in Kirchdorf-Süd, zum geplanten Bau der Hafenuerspange. Hier waren aktive Mitglieder von uns nicht nur anwesend, sondern brachten vehement mit eigenen Beiträgen zum Ausdruck, dass

nur die Linke gegen den Bau der Hafenuerspange ist. Eine Vertreterin der SPD, die Grünen waren nicht vor Ort, wurde nicht gerade freundlich empfangen. Schlussfolgerung dieser Veranstaltung, am 01.02 haben wir einen eigenen Flyer bei der „BürgerInnenbeteiligung“ von oben im Bürgerhaus Wilhelmsburg verteilt. Denn die einladende Wirtschaftsbehörde und Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) versucht nichts anderes, als Alternativen zum Bau der Hafenuerspange zu verhindern. Das Bündnis Verkehrswende Hamburg und wir werden dieses Spiel der sogenannten BürgerInnenbeteiligung nicht mitmachen.



Die nächste Ausgabe unserer erfolgreichen Stadtteilzeitung der Linksinsulaner wird im März erscheinen. Hier werden wieder stadtteilbezogene Themen, wie der Bau der Hafenuerspange, Mieten sowie die Öffnungszeiten und die Schließungen von Postfilialen im Fokus stehen.

Ronald Wilken

Niedriglohnarbeitsplätze, 1-€-Arbeitsplätze und finanziell nicht mehr auskömmliche Arbeitsverhältnisse gesetzlich verbieten

Die sozialen Probleme und die wachsende Armut in Deutschland kommen nicht ohne Grund. Denn durch immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse sinken die Rentenhöhen und auch die Kaufkraft und der Wohlstand gehen nach und nach verloren mit einem langsamen Anstieg der Kriminalität. Bereits in den 1990er-Jahren wurden zahlreiche bis dahin noch vorhandene auskömmlich bezahlte Arbeitsverhältnisse und Stellen abgeschafft und nicht wieder neu mit jüngeren ArbeitnehmerInnen besetzt, wenn ältere ArbeitnehmerInnen das Rentenalter erreichten.

Speziell in der Industrie und im öffentlichen Dienst wurden gewerbliche Arbeitsplätze von FacharbeiterInnen und HandwerkerInnen und auch von Un- und Angelernten abgeschafft und die Zeitarbeit ausgebaut durch Zeitarbeitsfirmen und befristete Arbeitsverhältnisse und Änderung des Arbeitnehmerentendegesetzes und die Einführung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG). Die Politik ließ sich auch mit durch die EU hinreißen, die Daseinsvorsorge in unserem Sozialstaat abzubauen. In Hamburg baute vor allem der öffentliche Dienst in den Behörden und bei Strom- und Hafenuerspange (heute HPA) auskömmlich bezahlte Arbeits-

stellen ab. Es standen dann Neu- und Altarbeitsverträge mit Lohn- und Gehaltsunterschieden von bis zu 30% nebeneinander. In den Zeitarbeitsfirmen ist das ebenfalls so.

Hoheitliche Aufgaben, die von den öffentlichen städtischen Betrieben, Ämtern und Behörden ausgeführt wurden, werden heute von Privaten im Auftrag übernommen. Die zahlen ihren ArbeitnehmerInnen deutlich weniger Geld, damit die EigentümerInnen auf Kosten der Armen diese ausbeuten und davon mehr als auskömmlich leben können. Es gibt so viele ArbeitnehmerInnen in prekären Arbeitsverhältnissen wie nie zuvor. Ob es die Abfallentsorgung oder die Grünflächenpflege oder die SchülerInnenbeförderungen sind, überall haben sich ausbeuterische LohndrückerInnen eingenistet. Deren InhaberInnen leben in Saus und Braus, während die armen und hilflosen NiedriglohnarbeitnehmerInnen für quasi kein Geld arbeiten müssen in solchen Betrieben.

Diese Zustände müssen aufhören und es muss rekommunalisiert und enteignet und sozialisiert

werden in Hamburg. Finger weg für Private bei hoheitlichen Aufgaben! Jagt alle AusbeuterInnen fort in die Wüste und organisiert den öffentlichen Dienst neu und schafft dort ausreichend auskömmliche Arbeitsplätze. Wenn alle auskömmliche Arbeit haben, gibt es auch genügend Steuereinnahmen und einen soliden öffentlichen Haushalt und Wohlstand. Es wurde alles fehlerhaft umverteilt und es erzielen die Falschen Gewinne auf Kosten jener, die gar nichts mehr haben. Bei der öffentlichen Daseinsvorsorge haben nur die öffentlichen Betriebe das Recht, hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Denn nur bei einem solchen Arbeitsmarkt können genügend Menschen untergebracht werden. Es müssen neue Beschäftigungsprogramme her bei der Freien und Hansestadt Hamburg so wie in den 1990er, 1980er, 1970er, 1960er, 1950er Jahren - noch weit vor der deutschen Wiedervereinigung. Wir müssen auch an die Menschen denken, die sonst keinen geeigneten Arbeitsplatz finden würden.

Roberto Perez Hagen

Infostand in Mümmelmansberg am 28.01.17



In Mümmelmansberg werden bis zum Jahr 2020 1900 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Auf diesem Sachverhalt wiesen wir die BewohnerInnen von Mümmelmansberg mit einem Flyer hin und baten um Unterschriften für die Forderung:

„Wir fordern den Senat auf, auch nach Auslaufen der öffentlichen Förderung die Mietpreisbindung der Wohnungen von SAGA/GWG unbegrenzt fortzuführen.“

Da der größte Teil der Wohnungen in Mümmelmansberg im Besitz der SAGA/GWG ist und diese wiederum der Stadt Hamburg gehört, konnten wir viele MümmelmansbergerInnen bewegen zu unterschreiben.

Die Unterschriftenliste ist Teil der MieterInnenkampagne des Landesverbandes. Aus diesem Grund wurden wir durch Rainer Benecke tatkräftig beim Infostand unterstützt.

Aufgrund der guten Resonanz werden wir in den nächsten Wochen das Ganze wiederholen.

Wolfgang Strauß, Sprecher BO-Billstedt

Über 700 Menschen kamen zum zehnjährigen Jubiläum des Yalda-Festes der LINKEN! (PM)

Auch dieses Jahr lud die Bürgerschaftsfraktion zur Feier der längsten Nacht des Jahres unter dem Motto: „Frieden und Solidarität - Gleiche Rechte für Alle!“. Dafür wurden die Räumlichkeiten der Louise Schroeder Schule in Altona gemietet. Als das Fest gegen 18 Uhr begann, war die Stimmung bereits sehr gut und freie Plätze waren nun schon schwer zu finden.

Karin Haas und **Mehmet Yildiz** (MdHB) eröffneten das Fest mit kurzen und herzlichen Worten, indem beide auf die bisherigen Yalda-Feste zurückblickten. Sie betonten das friedliche, solidarische und gleichberechtigte Miteinander aller Menschen in Hamburg.

Aber es sollte auch an die noch immer bestehenden Fluchtursachen wie Armut durch Ausbeutung oder Kriege erinnert werden. Denn diese Ursachen bleiben bestehen, sodass auch in den nächsten Jahren Millionen von Menschen auf der Flucht vor Gewalt, Terror und Kriege sein werden.

Es ist wichtig, politischen und gesellschaftlichen Druck aufzubauen, um beispielsweise die Unterbringungssituation der geflüchteten Menschen zu verbessern oder menschenunwürdige Abschiebungen in vermeintlich "sichere Herkunftsländer" wie Afghanistan zu stoppen. **Sabine Boeddinghaus**, Fraktionsvorsitzende der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, erklärte in ihrer Rede den Ursprung und die Bedeutung des Yaldafestes, das alljährlich von den Völkern in Vorderasien gefeiert wird und deren Traditionen von der Bürgerschaftsfraktion aufgenommen worden sind, um in Hamburg zum Jahresabschluss ein Zeichen für internationale Solidarität, Frieden und Gleichberechtigung zu setzen. Alle RednerInnen verurteilten besonders die aktuellen Abschiebungen nach Afghanistan in Krieg, Terror und Armut und forderten einen sofortigen Stopp!

Nun startete das bunte Musikprogramm, wofür die meisten BesucherInnen ja gekommen waren. **Vasilis Pegides** eröffnete die Festlichkeiten mit seiner griechischen Musik, die Tanzfläche füllte sich. Nach ihm folgte der aserbaidische Künstler **Ayyob Zerofy**, der überwiegend auf den Gesang und orientalische Klänge Wert legte.

Damit schaffte er einen passenden musikalischen Übergang zu der persischen Gruppe **Opatan**, die mit ihrer feurigen iranischen Musik, unterlegt mit 4 Trommeln, ordentlich Stimmung machten. Spätestens jetzt sprang die fröhliche Stimmung auf den gesamten Saal über und ein Großteil der Anwesenden tanzte oder unterhielt sich angeregt an den Tischen.

Nach Opatan folgte die politische Gruppe **Arrivati**, die eine Mischung aus afrikanischen Beats mit Rockklängen verband. In einer kleinen Pause versorgten sich die Gäste mit dem leckeren und preiswerten türkischen Essen und verschiedenen Getränken.

Dann ging es weiter mit der Gruppe **Cuico** die sich auf lateinamerikanische Klänge spezialisiert hat. Sie spielten eine Mischung aus Ska und Hip Hop, sodass die Tanzstimmung im Saal trotz der nun späteren Stunde nicht nachließ. Sie beendeten ihren Auftritt zur Begeisterung des Publikums mit einem Abschiedslied für Fidel Castro.

Die Hamburger Gruppe „Grup Cemre“, die mit zwei Sängerinnen auftrat und vor allem kurdische Musik spielte, bildete einen gelungenen Abschluss des vielseitigen Musikprogramms. Beim letzten Lied kamen viele der noch Anwesenden auf die Tanzfläche und tanzten gemeinsam den Halay. Damit ging das diesjährige Yalda-Fest zu Ende, ein würdiges Jubiläum, zu dem zwischen 700 – 800 Menschen gekommen waren, um das „Eine – Welt – Fest“ mit Leben zu erfüllen.

Zahllose Nationalitäten feierten Seite an Seite und setzten damit auch ein Zeichen für die Vielfalt und das friedliche und respektvolle Miteinander. „Einen großen Dank an die zahlreichen HelferInnen, die tollen ModeratorInnen, die stimmungsvollen Bands und vor allem, an die zahlreichen BesucherInnen unserer Jubiläumsfeier. Es war schön zu sehen, dass die Stimmung positiv war und die Musik die Leute durchgängig zum Tanzen anregte, egal welche Nationalität sie hatten. Wir haben nicht nur gefeiert, sondern auch gezeigt, dass ein friedliches und fröhliches Miteinander unterschiedlichster Kulturen möglich ist. Ich freue mich bereits auf das nächste „Eine – Welt – Fest“ und hoffe, viele von den BesucherInnen nächstes Jahr wieder begrüßen zu dürfen. In diesem Sinne, die Welt gehört uns allen, Frieden, Solidarität und gleiche Rechte für alle!“, so Mehmet Yildiz.

„Ich habe mich besonders über die vielen Gäste gefreut, die bereits zum zehnten Mal mit uns gemeinsam gefeiert haben. Es wurde wieder einmal deutlich, dass Musik alle verbindet.

Man feiert, isst, trinkt und erlebt zusammen eine schöne Zeit. Schön fand ich auch, dass dieses Mal ein Infostand der Gruppe „Cuba si“ auf dem Fest war. Nächstes Jahr wird das Yalda-Fest zum elften Mal stattfinden und darauf freue ich mich jetzt schon“, so Karin Haas, Mitorganisatorin des Festes und Sprecherin der LAG Migration, Flucht und Antirassismus der Partei DIE LINKE.

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 07.02., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Sonntag, 12.02., 12 – 15 Uhr

Neujahrsempfang der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte

Stadtteilhaus Horner Freiheit Am Gojenboom 46 –
direkt an der U-Bahn Horner Rennbahn

Dienstag, 14.02., 12:30 -14:30Uhr

Verteilaktion von **AG Lisa** + Bürgerschaftsfraktion
vor dem Klinikum St. Georg, Lohmühlenstr. 5

Mittwoch, 15.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 16.02., 10 -12 Uhr

Armut ist keine persönliche Schande

Aktion der **AG Lisa**
Jobcenter St. Pauli (s. S. 7)

Donnerstag, 16.02. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Samstag, 18.02.

**LandesvertreterInnenversammlung zur Wahl
der BundestagskandidatInnen** (Landesliste)
Berufsförderungswerk Famsen

Montag, 20.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

März

Mittwoch, 01.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 01.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 06.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 14.03. 19:30 Uhr ??

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
Muss neu verabredet werden

Dienstag, 14.03., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 15.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Samstag, 18.03., 14 – 18 Uhr

**Wahlkreisversammlung zur Wahl des/der Di-
rektkandidatIn für den Wahlkreis 18**
Kulturpalast Billstedt (siehe S. 3)

Montag, 20.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Bezirksvorstand:	Telefon	Mail
Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jakob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX